

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der freien Kunst und Kultur in Bayern an die Bedarfe
anpassen
(Kap. 15 05 Tit. 686 83)**

Drs. 18/25167

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 05 wird der Ansatz im Tit. 686 83 (Zuweisungen an Sonstige) von 3.650,00 Tsd. Euro um 9.350,0 Tsd. Euro auf 13.000,00 Tsd. erhöht.

Begründung:

Bayern ist Kulturstaat. Die vielfältige bayerische Kunst- und Kulturlandschaft umfasst neben den staatlichen Institutionen auch eine lebendige freie Szene in Stadt und Land. Diese Szene wurde über Jahre hinweg strukturell vernachlässigt, Projekte und Institutionen sind chronisch unterfinanziert. Freischaffende Künstlerinnen und Künstler, die oft lange und gut ausgebildet sind, leben vielmals am Existenzminimum, da die Förderungen nicht den realen Bedarfen der Szene entsprechen.

Um künftigen Krisen besser zu begegnen, aber auch um die Vielfalt Bayerischer Kultur zu erhalten, muss die freie Szene bayernweit bedarfsgerecht finanziert werden. Nur so können resiliente Strukturen aufgebaut werden, nur so können Künstlerinnen und Künstler von ihrer Arbeit langfristig leben. Wenn die im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierungsfraktion aus CSU und FW vereinbarte "Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Kunst- und Kulturschaffenden und deren angemessene Förderung" keine leere Versprechung bleiben soll, sind die die von der Staatsregierung im Gesetzentwurf zum Haushalt 2023 veranschlagten 3,6 Millionen Euro nicht ausreichen, um alle Sparten umfassend zu stabilisieren. Eine Erhöhung der Mittel ist dringend

notwendig, damit der Kulturstaat Bayern langfristig für freischaffende Künstlerinnen und Künstler attraktiv bleibt.